

Es gilt das gesprochene Wort !

**Annelie Buntenbach
Geschäftsführender Bundesvorstand
des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

**„25 Jahre Tschernobyl –
AKWs endlich abschalten!“**

**Kundgebung am AKW Grohnde,
25. April 2011**

Liebe Mitdemonstrantinnen, liebe Mitdemonstranten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die qualmende Ruine der Reaktoren von Fukushima ist zum Symbol geworden für das katastrophale Scheitern der Atomkraft. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gilt den Hunderttausenden in Japan, die ihre Familien verloren haben, ihre Freunde, ihr Zuhause, ihr ganzes Hab und Gut, und die nicht wissen, wie es weitergehen soll.

Spätestens nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl haben wir alle gewusst, was kommen kann. Alle, auch die Verantwortlichen, hätten es zumindest wissen können. Und wissen müssen.

Der Schock damals – ich erinnere mich wie heute an die Maikundgebung mit strahlendem Wetter und besorgten Debatten, die steigende Verunsicherung und Panik über die Nachrichten aus Tschernobyl, die Wolke, verstrahlte Milch, Spinat, was kann man überhaupt noch essen?

Das ist jetzt 25 Jahre her. Inzwischen sind Tausende von Menschen verstrahlt, gestorben. Es gibt todkranke Kinder, und immer noch unbewohnbare Todeszonen.

25 Jahre, und Deutschland ist immer noch nicht raus aus der Atomenergie.

Schließlich lag es ja nur daran, dass die Sowjets Technik nicht so gut können wie wir. Was für eine Arroganz der Dummheit!

Aus den Erfahrungen von Tschernobyl haben die Verantwortlichen viel zu wenig Konsequenzen gezogen.

Wir haben es nicht einmal geschafft, die Bielefelder Stadtwerke aus Grohnde herauszubekommen – damals war ich im Bielefelder Stadtrat, wir haben es versucht und verhandelt, aber für Wolfgang Brinkmann, den damaligen Vorsitzenden der Bielefelder SPD-Fraktion und späteren Chef der Stadtwerke war das ein absolutes NoGo. Ein fataler Fehler, der jetzt hoffentlich endlich vom Stadtrat korrigiert wird, und wenn nicht, werden es die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger durchsetzen.

Trotz Tschernobyl hat die politische Mehrheit an der Atomkraft festgehalten – mit Laufzeitverlängerung. Da hat sich gerade im letzten Herbst die schwarz-gelbe Bundesregierung noch einmal von den großen Energiekonzernen am Nasenring durch die politische Manege führen lassen. Sie haben mit Vehemenz festgehalten an einer Technologie, die jeden Fehler – und Menschen machen nun einmal Fehler! – mit Höchststrafe belegt, mit Tod und Vernichtung.

Der Mensch kann diese Technik offensichtlich – das zeigen nicht nur Tschernobyl und Fukushima – gar nicht so sicher machen, dass technisches Versagen, Naturkatastrophen, Flugzeugabstürze nicht verheerende Folgen nach sich ziehen können.

Und es sind ja nicht allein die Unfallgefahren, sondern auch der radioaktive Müll, wie er jetzt zum Beispiel aus der Asse strahlt, Müll, für den es kein sicheres Endlager gibt. Mit diesen irrsinnigen Strahlenbelastungen werden sich Generationen herumschlagen müssen.

Und obwohl es für eine sichere Entsorgung keine Antwort gibt, wird weiterproduziert. Das ist absolut unverantwortlich und muss endlich ein Ende haben!

Wer wie die großen Energiekonzerne meint, er hätte das Recht, solche strahlenden Gelddruckmaschinen, für die wir alle im Risikofall den Kopf hinhalten, bis zum Sankt-Nimmerleinstag weiterzubetreiben, dem gehört das Handwerk gelegt, und zwar umgehend!

Ja, es ist richtig, Deutschland ist ein Industriestandort. Da können wir uns nicht leisten, dass plötzlich die Lichter ausgehen. Und wir wollen nicht den Energieumstieg auf dem Rücken der Beschäftigten abladen, wir als Gewerkschaften sowieso nicht.

Aber Bangemachen gilt hier nicht: Die Lichter werden nicht ausgehen, wenn wir aus der Atomkraft aussteigen, und auch nicht, wenn wir rasch aussteigen.

Es gibt eine ganze Reihe von gut fundierten Umstiegsszenarien, und wir müssen jede Brücke in das Zeitalter der erneuerbaren Energien sorgfältig prüfen.

Aber was nach Fukushima hoffentlich ein für alle Mal klar ist: Es geht um Brücken. Und Atomkraft, das ist keine Brücke, sondern ein Sprengsatz!

Die Bundesregierung hat in der Energiepolitik voll versagt – sie hat auf Laufzeitverlängerung gesetzt, statt diesen dringend nötigen Umstieg vorzubereiten und systematisch zu fördern, im Gegenteil, sie hat die Förderung von erneuerbaren Energien auch noch zusammengestrichen. Aber genau die, Sonnenenergie, Windkraft, die brauchen wir jetzt!

Und glücklicherweise sind die erneuerbaren Energien ja trotzdem eine wachsende Branche, lasst mich deshalb als Gewerkschafterin hier eins ansprechen:

Auch die inzwischen 340.000 Menschen, die in diesem Wirtschaftszweig arbeiten, brauchen gute Arbeitsbedingungen, vernünftige Arbeitszeiten und Bezahlung, sie brauchen Mitbestimmung und Betriebsrätinnen und Betriebsräte, mit denen sie gemeinsam dafür sorgen können, dass ihre Interessen respektiert werden.

Nachhaltigkeit heißt nicht allein, die Belange der Umwelt zu respektieren, sondern auch, dass die Menschen im Zentrum stehen sollen. Wir brauchen mehr Demokratie in der ganzen Gesellschaft, aber eben auch im Betrieb.

Die Bundesregierung hat jetzt, nach Fukushima, versprochen umzusteuern. Ob das Moratorium eine ernsthafte Wende in der Energiepolitik markiert oder nur über die Wahlen helfen sollte, muss sich jetzt zeigen – hier ist uns die Bundesregierung den praktischen Beweis bislang noch schuldig.

Wir erwarten, dass hier schnell Nägel mit Köpfen gemacht werden. Das heißt: Investition in Umstieg, in erneuerbare Energien, den Ausbau der Netze, mehr kommunale Stromerzeugung, Energieeinsparung einschließlich energetischer Gebäudesanierung.

Wir erwarten den schnellen Ausstieg, dass die AKWs schnell vom Netz gehen, als erstes die Siedewasserreaktoren und die Druckwasserreaktoren mit mangelhaft ausgelegten Kühlsystemen. Und die maroden Altmodelle mit ihren inzwischen undicht gewordenen Schweißnähten dürfen gar nicht mehr erst ans Netz gehen!

Wir erwarten, dass der schnelle Ausstieg aus der Atomkraft rechtssicher und entschädigungsfrei gemacht wird.

Den Herren Großmann und den anderen Großen noch das Geld hinterherzuwerfen, das wir für den ökologischen Umbau brauchen, dafür habe ich überhaupt kein Verständnis, und zwar Null!

Außerdem habe ich keinerlei Verständnis dafür, wenn jetzt FDP- und andere Politikgrößen, die uns diesen Mist hier eingebrockt haben, fordern, das, was der Energie-Umstieg kostet, soll in den Sozialversicherungen eingespart werden.

Da wird doch jetzt schon auf unsere Kosten fürchterlich rumgeholt, mit der Kopfpauschale im Gesundheitswesen, der Altersarmut, die auf uns zukommt, dem Kaputtsparen der öffentlichen Daseinsvorsorge, besonders bei den Kommunen. Das alles trifft die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, verschärft die Armut und die Spaltung in der Gesellschaft.

Die Regierung sucht das Geld ständig an der falschen Stelle – die Atomlobby zum Beispiel hat lange Jahre von den Milliardenprofiten der gelddruckenden AKWs profitiert, und es wird Zeit, dass die Regierung bei denen Geld holt, die welches haben!

Da hätte ich noch einen Tipp: Die Banken haben wieder welches und machen munter Profite mit ihren Spekulationen – das haben wir auch schon bezahlt.

Anrede,

Ich bin sehr froh, dass heute so viele Menschen auf der Straße stehen – hier und an vielen anderen Orten der Republik – um für den Atomausstieg zu demonstrieren. Und dieses Mal sollten wir uns nicht beruhigen und abspesen lassen, bevor wir den Ausstieg auch durchgesetzt haben.

Selten habe ich so viele gutwillige Politikerinnen und Politiker gehört wie in den letzten Wochen, insbesondere aus den schwarz-gelben Regierungsparteien.

Das ist schön, keine Frage, aber mich macht das sehr unruhig – wir sollten sie mit ihren neuen Erkenntnissen jetzt auf keinen Fall alleine lassen! Nur wenn wir ihnen zeigen, dass wir hinter ihnen stehen, können sie nicht umfallen. Wir werden dranbleiben, bis das letzte AKW vom Netz ist!

Wir haben jetzt eine echte Chance, den Atomausstieg durchzusetzen. Wir sind viele – viele, die schon lange dabei sind, und mit Herzblut und Engagement das Anliegen wach gehalten haben und ohne deren gute Netzwerke die vielen Aktionen im vergangenen Herbst, nach Fukushima, oder auch heute gar nicht auf die Füße hätten gestellt werden können – vielen Dank für Eure Energie, offensichtlich erneuerbar!

Viele sind in den letzten Monaten neu dazugekommen, das ist wunderbar – und es gibt ein breites Bündnis in der Gesellschaft, aus Anti-AKW-Bewegung, Gewerkschaften, engagierten Menschen aus Kirchen und Parteien.

Damit sollten wir das zustande bekommen, was diese vielen gutwilligen Politikerinnen und Politiker brauchen, nämlich Druck!

Ich habe letztens gelesen, dass ein GAU statistisch gesehen ca. alle 25.000 Jahre vorkommt. Danach bin ich inzwischen schon über 50.000 Jahre alt – und viel älter möchte ich nicht mehr werden, bevor wir aus der Atomkraft ausgestiegen sind!

In diesem Sinne wünsche ich uns allen viel Erfolg!